

„ Kernenergie
akzeptabel für die
Bevölkerung „
machen

- Bonn und der

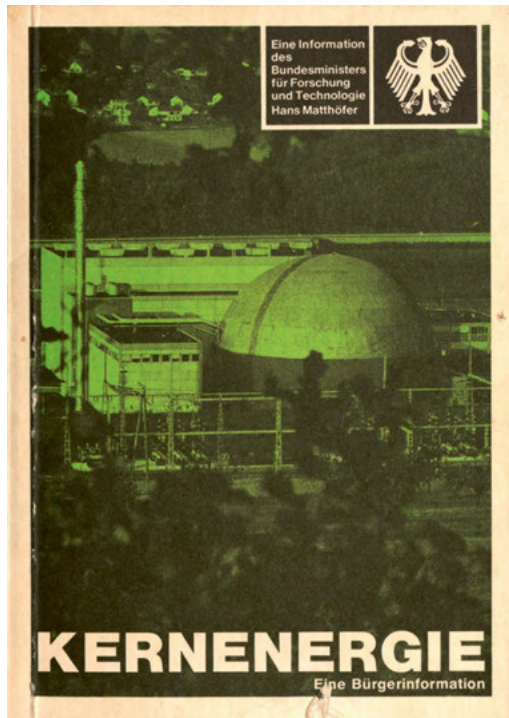
Anti-AKW-

In der frühen Bonner Republik war „Atomkraft“ kein Thema, das kontroverse Energie auf sich gezogen oder überhaupt Potential zur Lagerbildung zwischen den im Bundestag vertretenen Parteien besessen hätte. In der zweiten Hälfte der 1950er Jahre wurde in der beschaulichen Bundeshauptstadt am Rhein zwar aufs heftigste über die nukleare Aufrüstung der Bundeswehr gestritten.¹ Doch die zivile Entfesselung „der Urkräfte des Atoms“ blieb, nachdem Anfang der 1960er Jahre der erste Enthusiasmus zerstoßen war, ein Nischenthema für Wissenschaftler, Ingenieure und Juristen. Auch die Industrie stand, angesichts ungeklärter wirtschaftlicher und versicherungsrechtlicher Risiken, der Kernenergie eher skeptisch gegenüber. „Atomzeitalter“-Utopien verschwanden aus dem öffentlichen Diskurs.² Die populärkulturell gesteigerte Angst vor der nuklearen Katastrophe, die sich überwiegend auf militärische Szenarien bezog, flaute nach der Beilegung der Kubakrise rapide ab. Die 68er-Bewegung ignorierte Atomängste komplett.³

Nicht rechtlich, aber materiell politisch gesehen waren Atomkraftwerke „Ländersache“. Der Bund hatte mit dem Atomgesetz, mit der Errichtung des Ministeriums für Atomfragen (später Bundesministerium für Forschung und Technologie, BMFT) sowie den verschiedenen Atomprogrammen seit 1957 massiv in die zivil-nukleare Forschung investiert und so einen gesetzlichen und institutionellen Rahmen geschaffen.⁴ Indes: Atomkraftwerke baute die Industrie, Genehmigungsverfahren führten die Länder in der Auftragsverwaltung des Bundes durch, Gerichte hatten oft das letzte Wort. Dementsprechend hatten die Länder eine starke Position, so auch in Wyhl – was die deutsche Atompolitik grundsätzlich von der im benachbarten Frankreich unterschied. Vor 1975 beschäftigte sich der Bundestag so gut wie gar nicht mit AKWs.⁵ Als 1968 der Konflikt über den Nichtverbreitungsvertrag für Atomwaffen hochkochte, auch weil eine Abkopplung der BRD von der internationalen Atomforschung drohte, waren die Risiken der zivilen Nutzung der Kernenergie kein Thema.⁶

Wyhl war anfangs Kristallisationspunkt eines wesentlich lokal wie auch in „traditionellen“ Ideen des Natur- und Landschaftsschutzes gegründeten Anti-Atom-Protests, entfaltete jedoch bald überregionale mediale Ausstrahlung.⁷ Zwar waren der Platzbesetzung vergleichbare Aktionen im benachbarten Elsass und in der Schweiz vorausgegangen. Dennoch wirkten die Akte „zivilen Ungehorsams“ im Wyhler Wald neuartig. Seitens der SPD, wie auch unter der Hand in der Unionsfraktion, gab man der „psychologisch ungeschickt“ agierenden Stuttgarter Regierung eine Mitschuld für die Eskalation.⁸ Dennoch wurde die regierende sozialliberale Koalition unter ihrem ausgesprochen atomenergiefreundlichen zweiten Kanzler, Helmut Schmidt, von der in Wyhl hochkochenden „Atomfrage“ kalt erwischt. Die Bundesregierung hielt fehlende „sachliche Informationen“ über Risiken und Nutzen der Kernenergie für die Hauptursache des Widerstands. Sie reagierte mit einer teuren Aufklärungs- und Informationskampagne, dem „Bürgerdialog Kernenergie“.⁹ Zugleich suchte sich der Bundestag mittels Anhörungen und der Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“ ein besseres Bild zu machen.¹⁰

Die Kontroverse um Wyhl zeigt stellvertretend, wie ein einstmaliges „progressives“, von positiven Utopien und Gleichheitshoffnungen begleitetes Thema innerhalb kürzester Zeit „regressiv“ umgedeutet werden kann. Die einst „neutrale“ Kernenergie wurde zum politischen Lackmustest: Noch um 1975 war Gegnerschaft politisch weder „rechts“ noch „links“ verortet. Das änderte sich rasch. Angesichts des „ökologischen Schocks“ (erkennbar auch in der parallel geführten Waldsterben-Debatte) wuchs sich Kernenergie zum ideologischen Spaltpilz innerhalb der Linken aus. Verbindungen zwischen lokalen Initiativen und der „neuen“ Linken waren in Wyhl deutlich sichtbar geworden und bestärkten die Bonner CDU in ihrer „Anti-Anti“-Haltung, während die SPD durch das Atomproblem vor allergrößten innerparteilichen Herausforderungen stand. Die unter Willy Brandt noch recht erfolgreiche Integration der Neuen Linken stoppte. Erst das Ende der sozialliberalen Koalition sorgte für eine „Frontbegradigung“. In der SPD setzten sich die atomkritischen Stimmen durch, was aber den Einzug der GRÜNEN in den Bundestag nicht aufhalten konnte.¹¹



01 – Werbebroschüre des Bundesministeriums für Forschung und Technologie für die Kernenergie (1975).

██████████ Bonner Hoffnungen: Von der sozialen Utopie zur Schließung der „Energie-lücke“

Der Bielefelder Historiker und Pionier der zivilen Nukleargeschichte in Deutschland, Joachim Radkau, spricht mit Blick auf die 1950er Jahre von der friedlichen Atomnutzung als einer politischen „Integrationsideologie“.¹² Die Atom-Lobby, an vorderster Stelle Deutschlands führende Physiker, darunter mehrere Nobelpreisträger, propagierte sie als vielversprechende Zukunftstechnik. Bedenken in der Bevölkerung, in der sich angesichts des gleichzeitigen nuklearen Wettrüstens Skepsis regte, wurden in den 1950er Jahren mit dem Verweis auf die „unglaublichen Chancen“ der Atomenergie beiseite gewischt.¹³ Die Führungskader der deutschen Wissenschaft, allen voran die Autoren des sich gegen nukleare Rüstung richtenden „Göttinger Manifests“, machten sich aus recht eigennützigem Motiven für die zivile Nutzung der Atomenergie stark. Die wissenschaftlichen Autoritäten fanden breite Resonanz unter den im Bonner Bundestag sitzenden Parteien, die sich lediglich im Grad ihres Enthusiasmus für die Potentiale der Atomenergie unterschieden.¹⁴

Auffällig ist, dass sich Vertreter der SPD, die die atomare Aufrüstung der Bundeswehr auf schärfste bekämpften, mit besonderer Leidenschaftlichkeit für die zivile Nutzung der Atomenergie stark machten. Auf ihrem Münchener Parteitag 1956 hatte die SPD einen eigenen „Atomplan“ verabschiedet, leite doch die Kernenergie den „Beginn eines neuen Zeitalters für die Menschheit“ ein, mit „Frieden und Freiheit für alle“. Mit Atomkraft öffne sich ein neues, gerechteres Kapitel der Sozialgeschichte. Sie werde sich segensreich auf den Wohlstand der arbeitenden Menschen auswirken.¹⁵ Es gehört zu den besonderen Aperçus der Nachkriegszeit, dass das Godesberger Programm, mit dem die SPD ihre Erneuerung als moderne, reformorientierte Volkspartei festzurte und sich den Weg zur Macht in Bonn ebnete, in der Einleitung gleich im ersten Satz von der „Entfesselung der Urkraft des Atoms“ als der größten Gefahr für die Menschheit spricht, um dann in einem zweiten Schritt die Atomenergie als größter Hoffnung auf ein sorgenfreies Leben und „Wohlstand für alle“ rhapsodisch zu preisen.¹⁶

Atomwaffen sorgten in Bonn für Streit, Atomenergie für Einheit. Es fehlte noch in den frühen 1970er Jahren der publizistische Rückenwind für nuklearkritische Perspektiven. Hatte der atomare Angst-Diskurs um 1962 einen ersten Höhepunkt erreicht, so fürchtete sich die Menschheit zwar vor dem Vernichtungspotential der „Bombe“, aber nicht vor dem von Kernreaktoren. Die Gefährdungen letzterer wurden auch mangels besseren Wissens verdrängt und ausgeblendet. Vielleicht aber auch, weil sie näher an den Menschen waren als der nukleare Vernichtungskrieg.¹⁷ Hatte der „Kampf dem Atomtod“ Millionen auf die Straßen gebracht, so kannte die „friedliche Nutzung der Kernenergie“ zwar ihre Zweifler, aber vor 1975 keine bundesweite Gegenbewegung, jenseits regionaler Bürgerinitiativen. Wirtschaftliche Erwartungen wurden unterschiedlich beurteilt, es dominierten wissenschaftliche Interessen, technischer Expertentstreit wie auch Anstrengungen, die Forschung voranzutreiben – Fachdebatten ohne größere Publizität.¹⁸

Der Ölpreisschock von 1973 und die Auseinandersetzungen um die „Grenzen des Wachstums“ verstärkten das Interesse am Atomstrom. Bundesregierung und Abgeordnete sprachen von einer drohenden „Energie-lücke“, auch wenn diese nie eintreten sollte.¹⁹ Die hohe Abhängigkeit von importiertem Erdöl, mit 55,4 % des Primärenergieverbrauchs 1972, wurde als strategische Herausforderung und wirtschaftliche Bedrohung ersten Grades gesehen. Hierbei setze der Bund neben „heimischer Kohle“ und Energie-Einsparungen auf Atomenergie wie auf sowjetisches Gas.²⁰ Das vierte Atomprogramm 1973 verdoppelte die für die Atomforschung zur Verfügung gestellten Mittel. Deutlich weniger wurde in die Erforschung der auch damals schon als Alternativen diskutierten „erneuerbaren“ Energien wie Biotechnik, Wind- und Sonnenkraft investiert. Als nachrangig galt auch die Effizienzsteigerung von Wärmepumpen und anderen Antrieben, obwohl auch diese bereits ihre Befürworter hatten.²¹

Mitte der 1970er Jahre wurden im Bundestag verschiedentlich die Zusammenhänge zwischen der Energiekrise und den „Grenzen des Wachstums“ thematisiert. Das Framing war ein anderes als heute: Die Mehrheit der Abgeordneten sah wegen der Ölpreiskrise wie auch der Umweltdebatte Atomenergie als

Teil der Lösung. Erst seit 1975 wurde Kernenergie als ökologisches Problem gerahmt. Der Bericht des Club of Rome, 1973 mit dem Friedenspreis des deutschen Buchhandels ausgezeichnet, wurde auch im Bundestag zitiert, legte aber eher noch eine Beschleunigung des Atomausbaus nahe.²² 1974 spekulierte Bundesfinanzminister Helmut Schmidt darüber, dass langfristig der Elektroantrieb rohölbasierte Antriebe im Verkehr ersetzen könne, sofern ausreichend Atomstrom vorhanden sei. Kohle könne dann als Grundstoff in der Chemieindustrie das Erdöl ersetzen und würde nicht weiter zur Stromerzeugung verbrannt. Als Schmidt 1974 Willy Brandt als Regierungschef ablöste, hielt der „Atomkanzler“ an der Zukunftstechnologie Kernenergie fest, betonte aber nach seiner Wiederwahl 1976, dass die Sicherheit Vorrang vor wirtschaftlichen Erwägungen habe und ein Ausgleich zwischen energiepolitischer Notwendigkeit und „berechtigten Begehren“ betroffener Bürger getroffen werden müsse.²³

█ Nutzen und Risiken: Das Bonner Parlament und der Anti-AKW-Protest

Für die Bonner Politik kam es überraschend, als sich Mitte der 1970er Jahre der Protest gegen den Bau von AKWs verstärkte, der sich in der Erinnerung vor allem an Wyhl, aber auch an Brokdorf festmacht. Ein Nischenthema war plötzlich in aller Munde. Lange Zeit war Widerstand lokal geblieben, so beim Bau eines Forschungsreaktors in Karlsruhe sowie beim geplanten BASF-AKW, das als großstadtnahes Projekt mitten in der Metropolregion Rhein-Neckar Ende der 1960er Jahre bohrende Fragen nach dem Schutz der Bevölkerung aufwarf.²⁴ Obwohl in Karlsruhe der Bund direkt involviert war, sorgten diese Bauprojekte nicht für parlamentarischen Redebedarf. Zu den wenigen Skeptikern gehörte der Nuklearphysiker und rheinland-pfälzische SPD-Bundestagsabgeordnete (1957–1972) Karl Bechert, der lange den Bundestagsausschuss für Atomenergie und Wasserwirtschaft geleitet hatte. Als einsamer Rufer in der Wüste wurde er jedoch erst retrospektiv zum „Urvater“ der Anti-AKW-Bewegung geadelt.²⁵

Die Lage änderte sich um 1972, als aufgrund von Einsprüchen gegen die Genehmigung des Baus des AKWs Würgassen in Ostwestfalen

zum ersten Mal „ein lokaler Widerstand über-lokalen Rückhalt fand“²⁶. In Würgassen fehlte es zwar an einer „aktivistischen“ Bürgerinitiative wie auch einer breiteren Mobilisierung außerhalb des Gerichtssaals. Der Konflikt wurde vor allem auf dem Rechtsweg ausgefochten. Dennoch rief Würgassen kritische Nachfragen im Bundestag hervor, nachdem sich die Gegner bis zum Bundesverwaltungsgericht hochgeklagt und damit einen Teilerfolg erzielt hatten. Das Gerichtsurteil postulierte einen Vorrang der Sicherheit. Dennoch sah sich Bundesforschungsminister Klaus von Dohnanyi (SPD) durch das „Würgassenurteil“ bestätigt. Er hob in seiner Antwort auf eine parlamentarische Anfrage hervor, dass die Regierung der Sicherheit der Bevölkerung auch bisher stets Priorität vor wirtschaftlichen Erwägungen gegeben habe.²⁷ Würgassen wurde als eines der beiden ersten kommerziell betriebenen AKW in der BRD gebaut. Das Urteil hatte für alle Seiten etwas, galt aus Betreibersicht als Muster für ein erfolgreiches, rechtskonformes Genehmigungsverfahren.²⁸

Mittelfristig trugen die Konflikte um Würgassen, die sich bis auf die höchste Ebene eines Bundesgerichts zogen, wie auch die massenhaften Einwendungen gegen weitere geplante AKW-Standorte dazu bei, dass sich eine Gegenexpertise formierte.²⁹ Diese ging anfangs nicht aus den Reihen der Neuen Linken hervor, sondern aus dem Umfeld des Bundestags wie auch der nuklearen Forschung selbst. So stammt die „Bibel“ der Anti-AKW-Bewegung, der Band „Friedlich in die Katastrophe“ (1973), nicht von einem linken Dissidenten, sondern von Holger Strohm, einem ehemaligen Sachverständigen des Bundestags-Innenausschusses.³⁰

Im Bundestag bildete sich eine energiepolitische Gegenexpertise heraus. Neben dem SPD-Mann Bechert ist der CDU-Politiker Herbert Gruhl zu nennen, dessen Buch „Ein Planet wird geplündert“ (1975) Furore machte und der später zum Gründungskreis der GRÜNEN stieß. Die Mehrheit der atomar „oppositionellen“ Bundestagsabgeordneten gehörte zur SPD, darunter der 1976 mit 28 Jahren in den Bundestag gewählte Reinhard Ueberhorst, sowie aus Baden-Württemberg u.a. Liesel Hartenstein, Harald B. Schäfer und der als innerparteilicher Hauptantagonist von Schmidt geltende

Holger Stroh
**Friedlich
in die
Katastrophe**

Eine Dokumentation über
Kernkraftwerke



02 - SHolger Stroh: „Friedlich in die
Katastrophe“ (4. Aufl. 1977)

Erhard Eppler.³¹ Trotzdem aber war Atomenergiepolitik um 1975 weder „rechts“ noch „links“.³²

Somit war seitens „etablierter“ politischer Akteure eine kritische Masse an „Gegenwissen“ vorhanden, als 1974/75 der Kampf gegen den Bau eines AKW in Wyhl begann.³³ Obwohl sich der Protest zunächst an den Industrialisierungsplänen der Stuttgarter Landesregierung für die Region um Freiburg und am Oberrhein festmachte³⁴, hatte Wyhl für die Anti-AKW-Bewegung bundesweite „Signalwirkung“ (Rucht). Diese Wirkung erzielte Wyhl aufgrund

eines spezifischen Protestrepertoires. Während an anderen geplanten AKW-Standorten Bürgerinitiativen auf dem Rechtsweg kämpften, wurde in Wyhl mit der aus dem Elsass abgeschauten Bauplatzbesetzung der Schritt zum „zivilen Ungehorsam“ erstmals für ein AKW konsequent beschritten. Das produzierte sensationelle Bilder.³⁵ Atomkritische Bundestagsabgeordnete wie auch Befürworter der Kernenergie sahen als Hauptursache der Proteste die unzureichende „Farce“ des von Stuttgart durchgeführten Genehmigungsverfahrens. Es bedürfe dringend einer Verbesserung des rechtlichen Gehörs.³⁶

Abgeordnete beider Fraktionen rezipierten den straßenpolitischen Strategiewechsel der Anti-AKW-Bewegung und sahen in Wyhl einen Wendepunkt. So meinte der Herborner CDU-MdB Christian Lenzer, noch nie sei „in derartiger Form gegen ein Kernkraftwerk protestiert worden.“ Der Stuttgarter CDU-MdB und spätere Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner vertrat die Filbinger-Linie, wonach ein Einknicken politisch gefährlich sei. In Wyhl entscheide sich, ob „überhaupt noch Atomkraftwerke gebaut werden können, wenn die Bevölkerung sich dagegen sträubt. Das heißt, wenn wir in diesem Punkte weichen, nachgeben, dann bedeutet das, dass in keiner anderen Stelle [...] noch etwas erreicht werden kann.“³⁷ Mitglieder der SPD-Fraktion forderten eine differenzierte Vorgehensweise und griffen die Regierung Filbinger an: Von den „Vorgängen am Oberrhein“ wisse man, dass „nackte Staatsgewalt oder der Versuch, diejenigen, die Ängste gegenüber dieser Energienutzungsart haben, in eine extremistische Ecke zu drängen“, sich als kontraproduktiv erweise. Die Bundesregierung müsse daran arbeiten „Kernenergie akzeptabel für die Bevölkerung zu machen.“³⁸

■ Aufklären statt protestieren: Die informationspolitische Gegenoffensive des Bundes

„Kernenergie akzeptabel für die Bevölkerung zu machen“, so lautete denn auch das Rezept, mittels dessen die Bundesregierung auf den Protest in Wyhl reagierte. Sie führte die Ablehnung primär auf Informationsdefizite zurück, nicht auf eine prinzipielle Gegnerschaft im Volk. Da in den 1970er Jahren „Partizipation“ im ostentativ vorgetragenen Selbstverständnis der SPD auch seit Brandts erster Regierungserklärung 1969 hochgeschätzt wurde, initiierte Forschungsminister Hans Matthöfer (SPD) 1975 einen „Bürgerdialog Kernenergie“. Die Bundesregierung baue ja keine Atomkraftwerke, so Matthöfer, und sei auch nicht deren „Nutznießer“. Die Bürgerinitiativen hätten zum Problembewusstsein beigetragen. Man dürfe sie daher nicht „überrollen“. Doch am Ende müssten die „vom Volke Legitimierten“, sofern sie die Argumente sorgfältig abgewogen hätten, „nach einem breiten Willensbildungs- und demokratischen Entscheidungsprozess“ das Beschlossene auch durchsetzen: „Wozu brauchten wir sonst wohl eine Zentralregierung?“³⁹

Matthöfer gehörte nicht zu den Hardlinern. Er ließ Zweifel durchblicken, nicht zuletzt an dem ungelösten Entsorgungsproblem, der berühmten „Achillesferse“ der Kernenergie.⁴⁰ Er hielt das Vorgehen der Landesregierung in Wyhl für desaströs. Andererseits sah er aus ärmlichen Verhältnissen in der Ruhrarbeiterschaft aufgestiegene Minister in manchen Demonstrierenden verwöhnte „Bürgersöhnchen“. Er hingegen erhoffte sich von der Kernenergie Wohlstandseffekte für die einfachen Leute. Auch unterstellte er den bäuerlichen Gegnern am Kaiserstuhl wirtschaftliche Motive und Egoismus.⁴¹ Zugleich bemühte er sich um einen Konsens, wobei die Kritiker bezweifelten, dass „es sich wirklich um eine ergebnisoffene Angelegenheit handelte.“⁴² Matthöfer diskutierte unverdrossen mit Bürgerinitiativen. Am 21. Juli 1975 nahm er am viertägigen Auftakt des Bürgerdialogs teil. Er stellte sich der Kritik und brachte sich immer wieder auf Podien ein.⁴³ Man merkt es seinen Reden und Interviews an, dass er eine verantwortungsethisch abgewogene Entscheidung auch aus Gründen der demokratischen Hygiene durchsetzen wollte. Aber er verstand, dass Kernenergie in ihrer Komplexität, auch in der Verknüpfung mit der „kriegerischen Vernichtungsgewalt“ der Atomwaffen, Ängste und Emotionen weckte.⁴⁴

Die Bundesregierung stellte über drei Jahre 15 Millionen DM für Informationsveranstaltungen u.a. in politischen Akademien sowie durch private und öffentliche Bildungsträger bereit.⁴⁵ Sie organisierte diese Veranstaltungen nicht selbst, sondern zahlte Zuschüsse. Auch Bürgerinitiativen konnten Finanzmittel beantragen und taten dies auch. Zugleich brachte sie über die Jahre mehrere hunderttausend Gratisexemplare des Bandes „Kernenergie – eine Bürgerinformation“ (1975) unter das Volk. Auch ein Interview-Band mit einschlägigen Beiträgen des Forschungsministers („Den unsterblichen Tiger am Schwanz gepackt“) wurde in hoher Auflage produziert. Die Angebote, so heißt es in einer mit viel Selbstlob garnierten halbseitigen Anzeige „Zwischenbilanz des Bürgerdialogs“, die im ganzen Land veröffentlicht wurde, seien „sehr stark in Anspruch genommen“ worden.⁴⁶ Die Aktion habe Neuland betreten, so der Parlamentarische Staatssekretär und künftige Forschungsminister Volker Hauff 1977: Es gehe nicht um

Lebhafte Beteiligung am Kernenergie - Dialog



KEIN KKW IN WYHL



Für den **Eine Information
des Bundesministers
für Forschung und Technologie
Hans Matthöfer**

„PR“, sondern um die „umfassende Information der Bürger mit dem Ziel der eigenständigen Meinungsbildung“.⁴⁷

Ungeachtet des „aufgeklärten“, auf Partizipation zielenden Ansatzes hinterließ der „Bürgerdialog Kernenergie“ einen schalen Geschmack. Er galt den Kritikern nicht als „Dialog“, sondern als geschickt inszenierte Überzeugungsstrategie, der man sich verweigern und mit allen Mitteln entgegenstellen müsse. Aus Sicht der AKW-Gegner sprachen die Polizeieinsätze eine andere Sprache als die Hochglanzbroschüren und Sonntagsreden des Forschungsministers. So persiflierten AKW-Gegner den dialogischen Ansatz, indem sie die Worte der Anzeigenkampagne des BMFT, die „lebhaftige Beteiligung am Kernenergie-Dialog“ forderte, vor ein Foto montierten, das behelmte und mit Schlagstöcken bewaffnete Polizisten im Clinch mit Demonstrierenden in Wyhl zeigt.⁴⁸

**03 – Plakat: „Lebhafte Beteiligung
am Kernenergie-Dialog“ (um 1975)**



Hartmut Gründler

Ein Leben
für das
Überleben

Der radikale Atomkraftgegner Hartmut Gründer warf Matthöfer, der mit seinem ersten Gespräch im Juli 1975 direkt auf einen Hungerstreik Gründlers reagiert hatte und Zweifel und Nachdenklichkeit durchscheinen ließ, vor: Dialog sei ja „klug, gewissenhaft und nützlich“, aber er werde von Matthöfer unaufrichtig geführt. Die Politik missbrauche das „Vertrauen“, das sie im Dialog aufbauen wolle, weil sie den Gegenargumenten keine Geltung gebe.⁴⁹

Der apokalyptische Tonfall radikaler AKW-Kritiker war sicher nicht geeignet, den „vernünftig“ abwägenden Minister umzustimmen. Der Bürgerdialog konnte auch deshalb keine Pazifizierung erreichen, weil es nicht zu dem geforderten Moratorium beim Ausbau der Atomenergie kam. Hier wollte sich die Regierung nicht erpressen lassen. Bei aller „Dialogbereitschaft“ hielt Bonn an den energiepolitischen Zielen fest. SPD, FDP und CDU/CSU waren im Bund und in den Ländern, bei aller Detailkritik etwa an der unverhältnismäßigen Polizeigewalt in Brokdorf und Wyhl, vom Ausbau des Atomstroms bis Mitte der 1980er Jahre mehrheitlich überzeugt. Umfragen gaben ihnen recht, denn die Bevölkerung insgesamt war, bei einem hohen Anteil von Unentschiedenen, für Atomkraft. Nur in den betroffenen Regionen stieg die Ablehnung stark.⁵⁰ Zu dieser Skepsis trug der entgegen der Vorwürfe von Gründer und vielen AKW-Gegnern so viel gescholtene „Bürgerdialog“ sogar noch bei. Denn er bot Kritikern eine Plattform, eröffnete ihnen die Möglichkeit zur Finanzierung und Leitung von Seminaren und verstärkte so die antagonistische Meinungsbildung.⁵¹

Der „Bürgerdialog“ ist direkt mit der dramatischsten Widerstandshandlung gegen Atomenergie überhaupt verknüpft, der Selbstverbrennung des Ökopazifisten Hartmut Gründer, am Rande des SPD-Bundesparteitags am 16. November 1977 in Hamburg. Gründer hatte, wie gesagt, durchaus die Aufmerksamkeit Matthöfers erlangt, weil er seit Jahren mit Hungerstreiks „gegen atomare Lügen“ kämpfte, sich an Gandhi orientierte und sich auf das Widerstandsrecht im Grundgesetz berief.⁵²

Am Buß- und Bettag 1977 übergoss sich der Pastorensohn vor der evangelischen Petrikirche, mitten in der Hamburger Fußgängerzone, mit Benzin. Fünf Tage später starb er an seinen Verletzungen. Anders als die Selbstverbrennung eines weiteren protestantischen Christen, Oskar Brüsewitz, ein Jahr zuvor in der DDR, löste Gründlers Tod nur ein blasses Medienecho aus. Seine Tat wurde von der Presse wie auch der Bonner Politik zwar nicht totgeschwiegen, aber doch weitgehend ignoriert.⁵³ Matthöfer hatte es zwar mit ihm versucht, aber der Kanzler wollte sich nicht zu einem Gespräch zwingen lassen und ließ es an jeglicher Reaktion fehlen.⁵⁴

Politisches Patt: Kein Konsens, auch im Schatten von Harrisburg und Tschernobyl

Obwohl die Ereignisse in Wyhl, Brokdorf und anderswo für die deutsche Protestgeschichte eine hohe, auch erinnerungskulturell gefestigte Bedeutung besitzen und in der jüngsten Klimakrise eine Ressource und einen Orientierungspunkt bieten, führten sie keine grundsätzliche Wende in der deutschen Atompolitik herbei. Zwar heizte der Atom-Unfall in der Nähe von Harrisburg im US-Bundesstaat Pennsylvania am 28. März 1979 die Debatte weiter an. Doch führten dieser wie auch andere atomare „Zwischenfälle“ nicht zu einem grundsätzlichen Spurwechsel. Dies zeigt sich an dem vielleicht wichtigsten Beitrag des Bundestags zur Auseinandersetzung um die Kernenergie, die Beratungen der Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik“ 1979.⁵⁵ Diese endete in einem Patt, mit einem viel zitierten Diktum als Quintessenz: „Es ist heute in breitem Konsens nicht möglich, sich für oder gegen die langfristige Nutzung der Kernenergie auszusprechen.“⁵⁶

Bekanntlich wurden einzelne AKWs verhindert, andere gebaut. Die Ursachen hierfür lagen oft auch in lokalen Gegebenheiten.⁵⁹ Als Lothar Späth im Landtagswahlkampf 1984 erklärte, beim Bau des AKW in Wyhl „bestehe keine Eile“ mehr, beinhaltete das entlang der im Bundestag diskutierten Szenarien keine Grundsatzentscheidung.⁶⁰ Trotz der bundesweiten Aufmerksamkeit, den die Auseinandersetzungen um Wyhl, wie auch Brokdorf, Grohnde und später Wackersdorf und Gorleben erzielten, war Bonn Mitte der 1980er Jahre weit von einem „Atomkonsens“ entfernt. Zwar konnten neue Projekte kaum mehr durchgesetzt werden. Auch Wyhl wurde nicht mehr gebaut, obwohl das Bundesverwaltungsgericht im Dezember 1985 sämtliche Klagen abwies. Das Badenwerk hatte das Interesse an dem Projekt verloren, Späth scheute den Konflikt. Zugleich fehlte es in der „Bonner Republik“ an den politischen Voraussetzungen für einen Ausstieg. Dieser wurde erst im vereinigten Deutschland der „Berliner Republik“ von Rot-Grün beschlossen und dann in einer Hauruck-Entscheidung, trotz vorübergehender Laufzeit-Verlängerung 2010, nach Fukushima 2011 sogar auf 2022 vorgezogen.

Die Enquete, die von 1979 bis 1980 unter dem Vorsitz des SPD-Abgeordneten Reinhard Ueberhorst tagte und nach dessen Wegberufung als Senator nach Berlin von seinem Fraktionskollegen Harald B. Schäfer (1981 – 1983) geleitet wurde, erzielte einen, so zeitgenössisch: „historischen Kompromiss“. Danach gebe es unterschiedliche Entwicklungspfade, zu der Atomkraft, Energiealternativen wie auch Energieeinsparung gehörten. Zwei Varianten ohne Atomstrom wurden skizziert, wobei die radikalste Variante in der Projektion für 2030 prophetisch wirkt: Sie sieht keine AKWs mehr vor, unter der Bedingung verlangsamten Wirtschaftswachstums und „extremer“ Energieeinsparung bei gleichzeitig fortgesetzter Kohleverstromung und Ausbau von Sonnenenergie.⁵⁷ Dass „Sparen“ von Vertretern der Regierung und der Opposition als mögliches Szenario ins Auge gefasst wurde, beschrieb schon eine „kleine Revolution“, so die Politikwissenschaftlerin Claudia Altenburg, die die Beratungen der Enquete analysiert hat. Alle Kommissionsmitglieder hielten alle Szenarien für realisierbar, wenn auch nicht für gleichermaßen wünschbar. Die Enquete entwickelte, noch bevor die letzten AKWs 1989 ans Netz gingen, erstmals Ausstiegsszenarien.⁵⁸

„Bonn“ saß die Zweifel an der Atomkraft bis zum Ende aus. Als sich knappe fünf Jahre nach dem Beginn der Konflikte in Wyhl am 14. Oktober 1979 etwa 150.000 Kernkraftgegner und Kernkraftgegnerinnen im Protest auf der Hofgartenwiese versammelten, da hatte die Bewegung ihren Zenit überschritten. Es begann ein fluktuierender Demonstrationsprozess, der aufgrund der ausstehenden Entscheidung über ein Endlager auch in Zukunft nicht abgeschlossen sein dürfte. In Gorleben institutionalisierte sich die Anti-AKW-Bewegung, aber über die Jahre, so Frank Uekötter in „Atomare Demokratie“ (2022), ebte sie nach temporären Höhepunkten auch im Wendland immer wieder ab.⁶¹ Bekanntlich verlieren sowohl die Öffentlichkeit wie auch ein aktivistisches Spektrum nach einer Weile das Interesse an vermeintlichen „Schicksalsfragen“. Auch Tschernobyl brachte keine Wende, trotz des enormen Schocks, den die Havarie des sowjetischen Reaktors auslöste. Kanzler Kohl warnte vor „Bagatellisierung und Beschwichtigung“, aber wandte sich „ebenso entschieden gegen das Schüren von Katastrophenstimmung.“⁶² Als ab 1995 die Castoren rollten, wurde Gorleben zum Stein des Anstoßes für den dann im Jahr 2000 von der in zentralen Teilen „nieder-sächsisch“ vorsozialisierten rot-grünen Bundesregierung durchgesetzten Atomausstieg.⁶³ Diesen Ausstieg hatte „Bonn“ vorbereitet, aber „Berlin“ beschlossen.

Anmerkungen

1 Schildt, Axel: „Atomzeitalter“ – Gründe und Hintergründe der Proteste gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr Ende der fünfziger Jahre, in: „Kampf dem Atomtod“. Die Protestbewegung 1957/58 in zeithistorischer und gegenwärtiger Perspektive, München: Dölling und Galitz Verlag 2009, S. 39–57; Gassert, Philipp: Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945, Stuttgart: Kohlhammer 2018, S. 78–90.

2 Jung, Matthias: Öffentlichkeit und Sprachwandel. Zur Geschichte des Diskurses über die Atomenergie, Opladen: Westdeutscher Verlag 1994, S. 65ff.

3 Gassert, Philipp: Popularität der Apokalypse: Zur Nukleangst seit 1945, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 61 (2011), Heft 46–47, S. 48–54; Wittner, Lawrence S.: The Nuclear Threat Ignored. How and Why the Campaign Against the Bomb Disintegrated in the Late 1960s, in: Fink, Carole u.a. (Hg.): 1968. The World Transformed, New York: Cambridge University Press 1998, S. 439–458.

4 Eine spezielle monographische Darstellung der Bonner zivilen Atompolitik fehlt, daher stütze ich mich auf zwei übergreifende Standardwerke: Radkau, Joachim: Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945–1975. Verdrängte Alternativen in der Kerntechnik und der Ursprung der nuklearen Kontroverse, Reinbek: Rowohlt 1983; Uekötter, Frank: Atomare Demokratie – Eine Geschichte der Kernenergie in Deutschland, Stuttgart Franz Steiner Verlag 2022.

5 Oberloskamp, Eva: Energy and the Environment in Parliamentary Debates in the Federal Republic of Germany, United Kingdom and France from the 1970s to the 1990s, in: Wenkel, Christian u.a. (Hg.): The Environment and the European Public Sphere. Perceptions, Actors, Policies, Cambridgeshire: The White Horse Press 2020, S. 205–219, hier: S. 207; Rucht, Dieter: Von Wyhl nach Gorleben: Bürger gegen Atomprogramm und nukleare Entsorgung. München: C. H. Beck 1980, S. 79f.

6 Dülffer, Jost: Multiple Ängste vor dem Nichtverbreitungsvertrag von Atomwaffen in den 1960er-Jahren. Angst – ein schillernder historischer Begriff, in: Miard-Delacroix, Hélène u.a. (Hg.): Emotionen und internationale Beziehungen im Kalten Krieg, Berlin: De Gruyter Oldenbourg 2020, S. 161–182.

7 Rusinek, Bernd-A.: Wyhl, in: François, Étienne u.a. (Hg.): Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 2, München: C. H. Beck 2001, S. 652–666; Eith, Ulrich: „Nai hämmer gsait!“ – stilbildender ziviler Widerstand in Wyhl am Kaiserstuhl, in: Weber, Reinhold (Hg.): Aufbruch, Protest und Provokation. Die bewegten 70er- und 80er-Jahre in Baden-Württemberg, Stuttgart: Theiss 2013, S. 35–53; Pohl, Natalie: Atomprotest am Oberrhein – Die Auseinandersetzung um den Bau von Atomkraftwerken in Baden und im Elsass (1970–1985), Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2019.

8

Man dürfe nicht versuchen, Bedenken in weiten Kreisen der Bevölkerung „mit Polizeigewalt zu zerstreuen“, so der Bundesforschungsminister Hans Matthöfer; Matthöfer, Hans: Interviews und Gespräche zur Kernenergie. „Den unsterblichen Tiger am Schwanz gepackt“, Karlsruhe: Müller Verlag 1976, S. 10; Matthöfer, Hans: Rede vor dem Deutschen Bundestag am 14. März 1975, in: Stenographische Berichte der Verhandlungen der Deutschen Bundestages, 7. Wahlperiode, 156. Sitzung, S. 10892ff.

9

Kernenergie – Eine Bürgerinformation, Bonn: Bundesministerium für Forschung und Technologie 1975.

10

Altenburg, Cornelia: Kernenergie und Politikberatung. Die Vermessung einer Kontroverse, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2010.

11

Lieb, Felix: Arbeit und Umwelt? Die Umwelt- und Energiepolitik der SPD zwischen Ökologie und Ökonomie 1969–1998, Berlin: De Gruyter Oldenbourg 2022; Gassert, Philipp: Mehr partizipatorische Demokratie wagen? Demokratisierung, Modernisierung und Protest im transatlantischen Vergleich, in: Schildt, Axel u.a. (Hg.): „Wir wollen mehr Demokratie wagen“. Antriebskräfte, Realität und Mythos eines Versprechens, Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger 2019, S. 185–202.

12

Radkau: Aufstieg und Krise, S. 78.

13

Löwenthal, Gerhard / Hausen, Josef: Wir werden durch Atome leben, Berlin: Blanvalet Verlag 1956; Radkau: Aufstieg und Krise, S. 79.

14

Die „progressiven Potentiale“ wurden auch in der DDR betont; Augustine, Dolores L.: Taking on Technocracy. Nuclear Power in Germany – 1945 to the Present, New York: Berghahn Books 2018, S. 40f.

15

Lieb: Arbeit und Umwelt, S. 43f.

16

Godesberger Programm. Grundsatzprogramm der SPD von 1959, <https://www.fes.de/adsd50/godesberger-programm>, Zugriff: 05.01.2022.

17

Gassert: Popularität der Apokalypse.

18

Radkau: Aufstieg und Krise, S. 411–418.

19

Graf, Rüdiger: Öl und Souveränität. Petroknowledge und Energiepolitik in den USA und Westeuropa in den 1970er Jahren, München: De Gruyter Oldenbourg 2014; Uekötter: Atomare Demokratie, S. 101ff.; Rucht: Von Wühl nach Gorleben, S. 26.

20

Vorrang für bessere Energienutzung – oder Atomenergie? Zur Energieforschung der Bundesregierung, IFEU-Bericht Nr. 21, Heidelberg: Institution für Energie- und Umweltforschung 1982, S. 3; indes sollte es auch in den folgenden Jahren nicht gelingen, die BRD unabhängig vom Öl zu machen, den größten Zuwachs erzielte das Erdgas und nicht der Atomstrom; Rucht: Von Wühl nach Gorleben, S. 33.

21

Ebd.; Viertes Atomprogramm der Bundesrepublik Deutschland (1973–1976), in: Kabinettsprotokolle der Bundesregierung 1973, 42. Sitzung, 5. Dezember 1973, https://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/1000/k/k1973k/kap1_2/kap2_47/para3_5.html, Zugriff: 05.01.2023; Energiepolitische Debatte im Bundestag am 17. Januar 1974, in: Stenographische Berichte der Verhandlungen der Deutschen Bundestages, 7. Wahlperiode, 73. Sitzung, S. 4539ff.; Energiepolitische Debatte im Bundestag am 8. November 1974, in: Stenographische Berichte der Verhandlungen der Deutschen Bundestages, 7. Wahlperiode, 129. Sitzung, S. 8696ff.

22

Energiepolitische Debatte im Bundestag am 31. Januar 1975, in: Stenographische Berichte der Verhandlungen der Deutschen Bundestages, 7. Wahlperiode, 147. Sitzung, S. 10223; Seefried, Elke: Zukünfte – Aufstieg und Krise der Zukunftsforschung 1945–1980, Berlin: De Gruyter Oldenbourg 2015, S. 452ff.

23

Schmidt, Helmut: Die Energiekrise – Eine Herausforderung für die westliche Welt. Vortrag vor der Roosevelt University in Chicago am 13. 3. 1974, in: Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, Bd. 35 (1974), S. 325–330; Soell, Hartmut: Helmut Schmidt – Macht und Verantwortung – 1969 bis heute, Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt 2008, S. 773–790.

24

Mannheimer Morgen, Als die BASF mit RWE einen Atomreaktor betreiben wollte – mitten im Werk Ludwigshafen, 2. Juni 2021; Pohl: Atomprotest, S. 48ff.

25

Lieb: Arbeit und Umwelt, S. 192f.

26

Radkau: Aufstieg und Krise, S. 446.

27

Schriftliche Antwort Dohnanyis auf die Frage des Abgeordneten Corterier (SPD) am 22. September 1972, in: Stenographische Berichte der Verhandlungen der Deutschen Bundestages, 6. Wahlperiode, 199. Sitzung, S. 11828.

28

Radkau: Aufstieg und Krise, S. 448.

29

Anfangs schien der Rechtsweg der deutlich vielversprechendere Ansatz zur Verhinderung von AKWs zu sein als Aktionen „zivilen Ungehorsams“; Gaumer: Wackersdorf, S. 40f.

30

Strohm, Holger: Friedlich in die Katastrophe. Eine Dokumentation über Atomkraftwerke, Hamburg Edition Nautilus 1973; FAZ, Kernkraftkritiker der ersten Stunde. Einer steht im Weg, 25. April 2011.

31

Zu den „oppositionellen“ SPD-MdBs, die sich quer zur atomfreundlichen „Schmidt-Linie“ stellten und von denen eine relativ große Zahl aus Baden-Württemberg stammte: Lieb: Arbeit und Umwelt, S. 192f.

32

Mende, Silke, „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“. Eine Geschichte der Gründungsgrünen, München: De Gruyter Oldenbourg 2011.

33

Pohl: Atomprotest, S. 82–93.

34

Ebd.; Engels, Jens Ivo: Naturpolitik in der Bundesrepublik, Paderborn: Ferdinand Schöningh 2006, S. 351.

35

Medial besonders wirkungsvoll war eine WDR-Dokumentation über die brutale erste Platzräumung; Gaumer: Wackersdorf, S. 42.

36

Die Debatte über den Konflikt in Wühl am 14. März 1975, in: Stenographische Berichte der Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 7. Wahlperiode, 156. Sitzung, S. 10885.

37

KGParl, Editionsprogramm Fraktionen Online, CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 7. Wahlperiode, 3. November 1975, https://fraktionsprotokolle.de/cdu-csu-07_1975-03-11-t1507_WZ.xml?action=search&view=page&odd=fraktionsprotokolle.odd, Zugriff: 06.01.2023.

38

KGParl, Editionsprogramm Fraktionen Online, SPD-Bundestagsfraktion, 7. Wahlperiode, 18. März 1975, https://fraktionsprotokolle.de/spd-07_1975-03-18-t1515_WN.xml?action=search&view=page&odd=fraktionsprotokolle.odd#3.6.4.8.108.6.3.4, Zugriff: 06.01.2023.

39

Matthöfer: Interviews und Gespräche, S. 12.

40

Was auch für Schmidt das Hauptproblem war; Soell: Macht und Verantwortung, S. 780ff.; Tiggemann, Anselm: Die „Achillesferse“ der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland: zur Kernenergiekontroverse und Geschichte der nuklearen Entsorgung von den Anfängen bis Gorleben. 1955 bis 1985, Lauf an der Pegnitz: Europaforum – Verlag 2004.

- 41
Abelshauer, Werner: Nach dem Wirtschaftswunder. Der Gewerkschafter, Politiker und Unternehmer Hans Matthöfer, Bonn: J.H.W. Dietz Nachfolger 2009, S. 332.
- 42
Schüring, Michael: Bekennen gegen den Atomstaat – Die evangelischen Kirchen der Bundesrepublik Deutschland und die Konflikte um die Atomenergie 1970–1990, Göttingen: Wallstein 2015, S. 224.
- 43
Abelshauer: Nach dem Wirtschaftswunder, S. 332ff., S. 344f.
- 44
Ebd., S. 333, sowie Matthöfer: Interviews und Gespräche.
- 45
Rucht, Dieter: Planung und Partizipation. Bürgerinitiativen als Reaktion und Herausforderung politisch-administrativer Planung, München: tuduv-Verlagsgesellschaft 1982, S. 261.
- 46
Eine Zwischenbilanz des Bürgerdialogs Kernenergie, in: Der SPIEGEL, Heft 35/1976, S. 23.
- 47
Hauff, Volker: Zwischenbilanz zum „Bürgerdialog Kernenergie“, 28.10.1977, 1977; <http://library.fes.de/spdpd/1977/771028.pdf>, Zugriff: 18.01.2023; Altenburg: Kernenergie, S. 62; Lieb: Arbeit und Umwelt, S. 191f.
- 48
Plakat: „Kein KKW in Wyhl“ (ca. 1975), https://www.mitwelt.org/temp/plakat-akw-wyhl-kernenergie-dialog_source.jpeg, Zugriff: 14.01.2023.
- 49
Flugblatt: „Matthöfers Dialog – ein Märchen für Fortgeschrittene“, in: Hüfler, Wilfrid u.a. (Hg.): Hartmut Gründler – Ein Leben für die Wahrheit, ein Tod gegen die Lüge. Schriften, Dokumente, Würdigungen, Gundelfingen: G&M-Westmayer 1997, S. 41; Abelshauer: Nach dem Wirtschaftswunder, S. 344.
- 50
Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Hauff zu mündlichen Fragen des Abg. Ueberhorst (SPD), in: Stenografische Berichte der Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 8. Wahlperiode, 17. Sitzung, S. 977.
- 51
Meyer, Jan-Henrik: Das Forschungsprojekt „Bürgerdialog Kernenergie“ (1974–1983), <https://www.gorleben-archiv.de/ueber-uns/foerderungen/das-forschungsprojekt-buergerdialog-kernenergie-1974-1983/>, Zugriff: 06.01.2023.
- 52
Was für den NS-Gegner und früheren Frontsoldaten Matthöfer eine ungeheure Anmaßung bedeutet haben dürfte.
- 53
Hädecke, Wolfgang: Der Skandal Gründler, Baiersbrunn: Himmelheber-Stiftung 1979.
- 54
Schüring: Bekennen gegen den Atomstaat, S. 60; Flugblatt: „Selbstverbrennung eines Lebenschützers“, in: Hüfler, Wilfrid u.a. (Hg.): Hartmut Gründler – Ein Leben für die Wahrheit, in: Tod gegen die Lüge, S. 51f.; noch Ende August 1977 hatte Gründler im Rahmen des „Bürgerdialogs“ ein BMFT-finanziertes Seminar organisiert und geleitet; Ebd., S. 78.
- 55
Deutscher Bundestag, „Zukünftige Kernenergie-Politik“, BT-Drucksache 8/2682, 27. Juni 1980; Altenburg: Kernenergie; Radkau, Joachim / Hahn Lothar: Aufstieg und Fall der deutschen Atomwirtschaft, München: Oekom 2013, S. 346f.
- 56
Ebd., S. 194.
- 57
Altenburg: Kernenergie, S. 42.
- 58
Ebd., S. 209ff.
- 59
Karapin, Roger: Protest Politics in Germany. Movements on the Left and the Right since the 1960s, Pennsylvania: University Park 2007.
- 60
Pohl: Atomprotest, S. 259.
- 61
Uekötter: Atomare Demokratie, S. 227ff.
- 62
Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, 215. Sitzung, 14. Mai 1986, S. 16522.
- 63
Wolfrum, Edgar: Rot-Grün an der Macht, München: C. H. Beck 2013; Schmiechen-Ackermann, Detlef: Der Gorleben-Trek als markantes Ereignis der niedersächsischen Landesgeschichte, in: Schmiechen-Ackermann, Detlef u.a. (Hg.): Der Gorleben-Trek 1979 – Anti-Atom-Protest als soziale Bewegung und demokratischer Lernprozess, Göttingen: Wallstein 2020, S. 58–73, hier: S. 71.
- 01:
Matthöfer, Hans: Kernenergie, eine Bürgerinformation des Bundesministers für Forschung und Technologie, Bonn: Bundesminister für Forschung und Technologie, 1975.
WLB Stuttgart: 26C/581
- 02:
Strohm, Holger: Friedlich in die Katastrophe: eine Dokumentation über Kernkraftwerke, 4. Auflage, Göttingen: Verlag Association 1979
WLB Stuttgart: 27/11731
- 03:
Plakat: Lebhaftige Beteiligung am Kernenergie-Dialog, um 1975.
Sammlung Axel Mayer
- 04:
Gründler, Hartmut: Ein Leben für das Überleben: überall ist Wyhl, Wyhl ist überall, hrsg. Im Auftrag des Beerdigungskomitees von Hans Schmid, Tübingen: Schwäbische Verlagsgesellschaft 1978
WLB Stuttgart: 28C/80125